
8/SBI XXIV. GP

Eingebracht am 14.08.2009

Dieser Text wurde elektronisch übermittelt. Abweichungen vom Original sind möglich.

Stellungnahme zu Bürgerinitiative



Bundesministerium für
Wirtschaft, Familie und Jugend

Parlamentsdirektion
L1.3 - Ausschussbetreuung NR

Parlament
1017 Wien

Name/Durchwahl:
RL MR Gerda Fuchs-Preisler/5587
Geschäftszahl:
BMWfJ-10.107/0008-IK/1a/2009
Ihre Zahl/Ihre Nachricht vom:
17020.0025/15-L1.3/2009

Antwortschreiben bitte unter Anführung
der Geschäftszahl an die E-Mail-Adresse
post@ik1.bmwfj.gv.at richten.

Bürgerinitiative Nr. 9 betr. "Anti-Mobbing-Gesetz", Beantwortung

Bezugnehmend auf die Bürgerinitiative Nr. 9 betreffend "Anti-Mobbing-Gesetz" teilt das Bundesministerium für Wirtschaft, Familie und Jugend im Rahmen seines Zuständigkeitsbereichs Folgendes mit:

Die Bekämpfung von Mobbing stellt ein wichtiges Anliegen dar - nicht zuletzt auch im Hinblick auf den finanziellen Schaden, der der Wirtschaft und dem Staat

durch die Auswirkungen von Mobbing entsteht. Für legislative Maßnahmen im gegenständlichen Bereich ist jedoch keine Zuständigkeit des Ressorts gegeben.

Mit freundlichen Grüßen
Wien, am 31.07.2009
Für den Bundesminister:
Gerda Fuchs-Preisler

Elektronisch gefertigt.